

Protokoll der 31. „Kücknitzer Runde am Eckigen Tisch“

Motto: „Bürgermeisterwahl am 05.11.2017, neue Perspektiven für Kücknitz?“

Freitag, 13.10.2017 im Gemeinschaftshaus Rangenberg, Im Brunskroog 61

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Anwesende aus dem Vorstand: Georg Sewe, Birgid Trantow, Michael Lüdemann,
Christa Morgenroth, Sabine Scholz

Gäste: Die Bürgermeisterkandidat/Innen: Joachim Heising (Einzelbewerber), Jan Lindenau (Kandidat der SPD), Thomas Misch (Kandidat der FREIEN WÄHLER), Detlev Stolzenberg (Einzelbewerber), Kathrin Weiher (Kandidatin der BfL, CDU, Die Linke, FDP, Grüne)

Teilnehmer: Vertreter der in Kücknitz und Umgebung tätigen Vereine, Verbände, Feuerwehren und Parteien, Vereinsmitglieder sowie interessierte Bürger; insgesamt rund 70 Personen

1. Begrüßung durch den GMVK –Vorsitzenden

Herr Sewe begrüßt alle Anwesenden und stellt die Bürgermeisterkandidat/Innen kurz vor.

2. Die Bürgermeisterkandidat/Innen stellen sich selbst vor

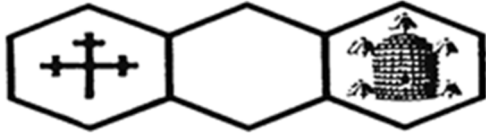
Nacheinander geben die Kandidat/Innen kurz Informationen zur ihrem bisherigen Lebenslauf und beruflicher Tätigkeit sowie ihren Ambitionen, sich um das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin zu bewerben.

3. Befragung zu Kücknitzer und allgemeinen Themen

1. Wenn Sie Bürgermeister/In der Hansestadt Lübeck werden, sind Sie gemäß der Gemeindeordnung des Landes Schl.-H. § 55 verantwortlich für „die Organisation und den Geschäftsgang der Verwaltung sowie für die Geschäfte der laufenden Verwaltung“ und haben umfangreiche Führungsverantwortung gegenüber der Verwaltung; Sie sind der/die Geschäftsführer/In dieser Stadt.

Wie wollen Sie diese Aufgabe ausfüllen? Wie kontrollieren Sie die Abarbeitung und Umsetzung der Bürgerschaftsbeschlüsse? Wie greifen Sie ein, wenn Aufgaben nicht zeit- oder sachgerecht umgesetzt werden? Werden Sie den Beschluss auf Einsetzung eines Finanzsenators umsetzen?

- Herr Stolzenberg: Bürgermeister entscheidet. Bürgermeister muss sicherstellen, dass Kernaufgaben der Verwaltung erfüllt werden. Wiedereröffnung der Stadtteilbüros.
- Frau Weiher: Befürwortet die Besetzung einer Finanzsenatorenstelle. Die Schließung der Stadtteilbüros beruht auf einen Bürgerschaftsbeschluss und der Bürgermeister hat sich an Beschlüsse zu halten. Keine Wiedereröffnung der Stadtteilbüros. Frau Weiher bezweifelt die Machbarkeit aus finanziellen Gründen. Stattdessen Optimierung der Verwaltungsvorgänge, Einführung eines Bürgerkoffers, Errichtung von Bürgerterminals in den nächsten 5 Jahren. Digitalisierung der Verwaltung nach vorn bringen.
- Herr Misch: Bürgermeister ist Leiter der Verwaltung. Bei der Umsetzung des Beschlusses zur Schließung der Stadtteilbüros hätte der Bürgermeister einschreiten müssen. Gemäß Beschluss sollten zunächst Alternativen geschaffen und erst danach die Stadtteilbüros geschlossen werden.



- Herr Lindenau: Die Besetzung einer Finanzsenatorenstelle ist aus seiner Sicht nicht erforderlich. Ein diesbezüglicher Beschluss der Bürgerschaft hierzu ist nicht bindend, da die Bürgerschaft nicht für die Struktur der Verwaltung zuständig ist. Sofortige Wiedereröffnung der Stadtteilbüros.
- Herr Heising: Befürwortet ebenfalls nicht die Besetzung einer Finanzsenatorenstelle. Der Bürgermeister hat die Beschlüsse der Bürgerschaft zu koordinieren.

II. Belästigung der Bürger durch das MAZ Travemünde. Wie soll ein rechtskonformer Betrieb sichergestellt und dieser überwacht werden?

- Herr Heising: Aufarbeitung der Historie. Rechtskonforme Verhältnisse schaffen.
- Herr Lindenau: Verlagerung des Betriebes. Überprüfung der Entscheidung/des Verfahrens. Zzt. läuft eine gutachterliche Prüfung beim Land.
- Herr Misch: Verlagerung des Betriebes in ein Industriegebiet. Vorsicht vor ggf. Schadensersatzpflicht.
- Frau Weiher: Es handelt sich um einen unzuverlässigen Betrieb. Die Entscheidung für den Standort erfolgte durch Senator Boden. Unverständliche Entscheidung. Hier hätte ein vorhabenbezogener B-Plan in die Wege geleitet werden müssen.
- Herr Stolzenberg: Hielt eine „Kampfrede“. Entscheidungen dieser Art und der Umgang mit den Beschwerden der Bürger wird es mit ihm als Bürgermeister nicht geben.

III. Flächenplanung vom Sandfeld/Blessenacker bis Skandikai. Wird hier das „Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2030“ umgesetzt oder bleibt es beim ISEK-Konzept, das mit den Kücknitzer Bürgern, Vereinen und Institutionen vor längerem aufwendig erarbeitet wurde?

Wie werden Sie verhindern, dass Firma Scheel sich erweitert

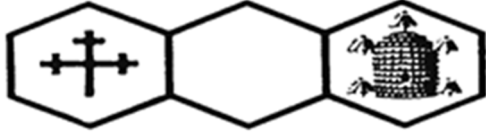
- Herr Misch und Herr Lindenau: Es handelt sich um eine langfristige Planung zum Gewerbegebiet. Auf absehbare Zeit jedoch keine Gewerbeentwicklung. Nur Freihaltung der Flächen.
- Herr Heising: Je nach Interessen kann die Entwicklung zum Gewerbegebiet prioritär vorangetrieben werden.
- Frau Weiher: Eines Tages werden Gewerbegebiete hier aufgrund einer Hafenerweiterung benötigt. Die Abstände zur Wohnbebauung müssen jedoch größer sein.
- Herr Stolzenberg: Notwendig ist hier ein Gewerbe-, Industrie- und Hafengebiet. Das Entwicklungskonzept wurde ohne Öffentlichkeitsbeteiligung erstellt. Das muss sich in Zukunft ändern.

Hierzu Wortmeldungen aus dem Publikum.

- Herr Prieur: Fa. Scheel ist Inhaber von Flächen. Erwerb der Flächen als billiges Ackerland. Es sollten daraus keine Gewerbeflächen entstehen.
- Frau Loos: Wird es das MAZ in 10 Jahren noch geben?
- Herr Strauß: Das MAZ muss verschwinden.
- Herr Adomeit: Zahlreiche Verstöße der Fa. Scheel gegen die Genehmigung sind bekannt.

Antworten der Kandidat/Innen.

- Herr Lindenau: Keine Verlängerung der Verträge für gepachtete Flächen. Auch ein Eigentum an Flächen bedeutet nicht, dass dort alles gemacht werden kann. Die Beschwerden der Bürger gegen das MAZ wurden von der städtischen Verwaltung



unkommentiert an das Land weitergeleitet. Künftig hat die Verwaltung hier zunächst Stellung zu beziehen.

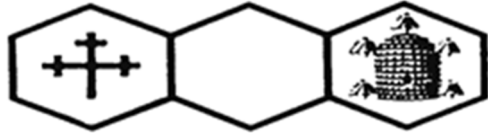
- Herr Misch: Das MAZ ist in ein Industriegebiet zu verlagern.
- Frau Weiher: Für das MAZ muss ein neuer Standort gefunden werden.
- Herr Stolzenberg: Die Fortschreibung des Entwicklungskonzeptes Lübeck 2030 mit dem Ziel der Änderung, dass nördlich des Roten Hahn kein Gewerbegebiet entsteht, ist erforderlich.

IV. Schließung des Stadtteilbüros in Kücknitz. Wie soll zukünftig die hoheitliche Dienstleistung zeit- und nachfragegerecht sichergestellt werden? Bekommt Kücknitz ein kleines Rathaus?

- Herr Stolzenberg: Kurzfristig Wiedereröffnung des Stadtteilbüros und gleichzeitig Ausbau der digitalen Verwaltungsangebote.
- Frau Weiher: Sofortige Besetzung aller 40 Stellen im Bereich Melde- und Zulassungswesen. Jeder Stadtteil soll vom Mobilien Bürgerservice mindestens zweimal in der Woche mit festen Terminen angesteuert werden. Errichtung von Bürgerterminals. Ausbau der Online-Angebote.
- Herr Misch: Die Stadtteilbüros müssen wiedereröffnet werden. Online-Angebote sind ein Zusatzservice und kein Service-Ersatz. Der persönliche Kontakt mit dem Bürger ist wichtig.
- Herr Lindenau: Gemäß Bürgerschaftsbeschluss sollten zunächst Alternativen, wie z.B. Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen, geschaffen und erst danach die Stadtteilbüros geschlossen werden. Die Stadtteilbüros müssen wiedereröffnet und zu Stadtteilhäusern weiterentwickelt werden. Zukünftig soll hier eine zentrale Anlaufstelle für alle Verwaltungsangelegenheiten entstehen.
- Herr Heising: Stadtteilbüros müssen in allen Stadtteilen wieder eröffnen. Dieses kann vorübergehend auch durch Container-Lösungen geregelt werden.

V. Positive Stadtteilentwicklung, mit welchen Perspektiven kann/muss Kücknitz zukünftig rechnen?

- Herr Stolzenberg: Die Stadtteilentwicklung muss gemeinsam mit den Menschen vor Ort erfolgen. Einmal im Jahr eine Einwohnerversammlung in jedem Stadtteil.
- Frau Weiher: Die Schulen müssen ertüchtigt, die beantragte Vergrößerung des Rewe-Marktes muss ermöglicht werden. Entwicklung neuer Baugebiete und Realisierung eines Schulneubaus.
- Herr Misch: Einrichtung von Ortsbeiräten in den Stadtteilen. Die Wiedereröffnung des Stadtteilbüros stärkt ggf. auch die Geschäfte vor Ort durch vermehrtes Publikumsaufkommen.
- Herr Lindenau: Die Attraktivität des Stadtteils stärken. Schulen und Kitas sanieren. Einmal im Monat sollen Senatssitzungen in den Stadtteilen stattfinden. Veranstaltung von Stadtteilrunden mit festen Ansprechpartnern aus der Verwaltung.
- Herr Heising: Ortsbeiräte in den Stadtteilen installieren. Mehr Bürgerbeteiligung bei Verwaltungsentscheidungen.



Gemeinnütziger Verein Kücknitz e.V.

Tochterverein der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit gegr. 1789

Herr Sewe bedankt sich bei den Kandidat/Innen und den Bürger/Innen für die Teilnahme am heutigen Abend und wirbt um Unterstützung des Gemeinnützigen Verein Kücknitz durch eine Mitgliedschaft. Er beendet die Kücknitzer Runde um 22:05 Uhr.

Lübeck, den 29.10.2017

Georg Sewe
(1. Vorsitzender)

Sabine Scholz
(Beisitzerin / Protokollführung)